

**Zivilcourage als Voraussetzung der Freiheit**  
**– Beispiele aus der Wirtschaftspolitik –**

Joachim Starbatty

Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Universität Tübingen

Ich danke der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung des Bergischen Landes für die Auszeichnung mit dem Bergischen Löwen für „Mut in der Wirtschaftspolitik“. Dies ist eine hohe Ehre. Und ich freue mich – offen gesagt – auch darüber. Wer Zivilcourage beweist, macht sich oft unbeliebt; würde man allseits gelobt, könnte man auch nicht von Zivilcourage sprechen. Wenn man einmal im Mittelpunkt steht, weil man geglaubt hat, nicht schweigen zu dürfen, dann hat man ein wenig das Gefühl: Vielleicht war doch nicht alles umsonst. Weiter freue ich mich, weil mich die Auszeichnung an die Schulzeit in meiner Vaterstadt Düsseldorf erinnert. Der Bergische Löwe steht dort als Denkmal am Beginn der zweigeteilten Königsallee. Nach den Schulstunden im nahegelegenen Görres-Gymnasium sind wir Schüler dann oft respektlos auf diesem Löwen herumgeturnt.

Ich danke dem Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Thomas Köster, ebenfalls ein Absolvent des Görres-Gymnasiums, für seine persönliche Einführung. Unnachahmlich, wie er beredt über die Schwächen derzeitiger Wirtschafts- und Sozialpolitik nichts hat sagen wollen. Ich danke Wolfgang Schulhoff, daß er sich so in meine Schriften vertieft und sie in helles Licht getaucht hat. Wer hätte sich während unserer gemeinsamen Studienzeit träumen lassen, lieber Wolfgang, daß Du, der Du als Abgeordneter im Deutschen Bundestag oft genug Zivilcourage bewiesen hast, einmal eine rhetorisch glänzende und persönlich freundschaftliche Laudatio auf Deinen Studienfreund halten würdest. Ich danke Ihnen allen, die Sie an diesem Pfingsttag hierher gekommen sind, um diese Ehrung gemeinsam mit mir zu feiern. Ich danke meinen Freunden und meiner Familie, daß sie in dieser ehrenvollen Stunde bei mir sind.

„Das Glück ist die Frucht der Freiheit, und die Freiheit ist die Frucht der Tapferkeit“, ruft der athenische Staatsmann Perikles in einer Totenrede seinen Mitbürgern zu (Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Kriegs, Buch II, Tz. 43). Er ehrt die Athener, die in den ersten

Kämpfen mit Sparta gefallen sind. Diese Kämpfe leiteten den Peloponnesischen Krieg ein und damit die dreißigjährige militärische Auseinandersetzung um die Vorherrschaft im antiken Hellas. Wir stimmen Perikles darin zu, daß Freiheit das höchste Gut ist; wir sehnen uns nach ihr, wenn sie verloren gegangen ist; viele sind sogar bereit, ihr Leben dafür zu opfern. Perikles fordert seine Landsleute auf, ihr Leben zu wagen, um die Freiheit zu verteidigen oder um sie zu erlangen. Er ruft ihnen zu, daß letztlich nur der glücklich und frei ist, der mit letzter Konsequenz zur Verteidigung der Freiheit bereit ist.

Aber auch im täglichen Leben muß der einzelne tapfer sein, um sich die Freiheit zu verdienen. Die Menschen in der früheren DDR – in einer bestimmten Weise sozialisiert: der Staat gibt euch Sicherheit, dafür opfert ihr ein bißchen Freiheit –, haben nun nach der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wende auch Tapferkeit beweisen müssen. Sie haben Freiheit bekommen: Die Mauer ist gefallen, und sie müssen nicht mehr Angst haben, daß jemand etwas aufschreibt und sie verrät. Doch sie müssen dafür einen Preis zahlen: Wer frei ist und damit selbst für sich Verantwortung trägt, wird nun mit den Konsequenzen seiner Entscheidungen konfrontiert; er trägt das Risiko, daß seine Entscheidungen falsch sein können oder daß die Umstände ihm nicht gut gesonnen sind; er trägt das Risiko des Scheiterns. Er muß sich damit auseinandersetzen; er muß sich seinem Schicksal stellen; er muß gegebenenfalls sein Schicksal aushalten. Freiheit verlangt letztlich, daß wir uns stellen, daß wir bereit sind, standzuhalten, für unsere Meinung und für das Recht einzustehen, schließlich gegen die Unterdrückung anderer aufzustehen.

Mit Tapferkeit ist nicht die schneidige Reiterattacke gemeint; das wäre ein leichter Sinn, da wird nicht nachgedacht und auch nicht an sich selbst gezweifelt; mit Tapferkeit sind auch nicht Selbstmordattentate gemeint; sie sind Ausdruck eines Kadavergehorsams und das Gegenteil von Tapferkeit. Was mit Tapferkeit gemeint ist, beleuchtet das Zwiegespräch zwischen einem altgedienten Offizier und seinem ihn begleitenden Neffen. Sie halten eine Stellung unter starkem Beschuß. Der Jüngere fragt: „Onkel, hast du denn gar keine Angst“. Der Ältere antwortet: „Junge, wenn du so viel Angst hättest wie ich, stündest du schon nicht mehr hier“.

Tapferkeit meint Standhalten, auch wenn man lieber weglaufen möchte. Wenn wir diese Begebenheit auf unsere zivile Welt übertragen, dann können wir statt von Tapferkeit auch von Zivilcourage sprechen. Zivilcourage meint dann das Einstehen für Überzeugungen, Werte,

Prinzipien, weil man an sie glaubt, weil deren Verletzung das Fundament untergräbt, auf dem letztlich die Freiheit des einzelnen beruht. Dem widerspricht nicht, daß eine Mehrheit das anders sehen mag. Dann aber standzuhalten, sich gegen Übermacht, gegen Herrschende zu behaupten, genau dann beweist man Zivilcourage.

Martin Walsers Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1998 – „Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“, letztlich war es eine Rede über den Umgang der Deutschen mit der Geschichte – ist für mich ein herausragendes Beispiel für Zivilcourage. Ich meine nicht das, was er gesagt hat; ich meine, daß er es gesagt hat. Da sprach und stand er vor der Festversammlung, deren Schweigen eisiger wurde und die ihre ablehnende Haltung auch körperlich ausdrückte. Als er sprach, hielt er das aus, hielt er stand; bei zentralen Passagen zitterte er vor Kühnheit. So sagte er selbst.

Vor Kühnheit zitternd – so empfindet es derjenige, der nicht wegläuft, sondern sich stellt. Walser hat für diese Haltung einen hohen Preis bezahlt. Er hat diese Erfahrungen in einem Gedichtzyklus mit dem Titel „Das geschundene Tier“ verarbeitet. Er schreibt: „Verschiedene Texte stammen aus dem Nachhall jener Rede“. Einen Text aus diesem Zyklus will ich Ihnen zur Kenntnis bringen:

### **Das geschundene Tier (10)**

In meinem Kopf Gebell –

Sie haben mich eingesperrt in mich.

Ich beiße.

Sie haben das Licht gelöscht in mir.

Den Weg nach außen

haben sie mit Gelächter verschlossen.

Nach seiner Rede fühlte sich Walser als ein geschundenes Tier. Sie haben es in sich selbst eingesperrt. Das, was es sagt und wie darauf geantwortet wird, dringt nicht mehr nach draußen, wird nicht öffentlich, ist Gebell in seinem Kopf. Das Tier will sich wehren, es beißt. Wenn sie es in sich selbst eingesperrt haben und wenn es beißt, dann kann es nur sich selbst

beißen; die Aggression wird zur Selbstzerfleischung. Da sie das Licht in ihm gelöscht haben, kann es nicht mehr unterscheiden, wird es nicht mehr von der Vernunft geleitet. Es spürt die Ausweglosigkeit des in sich Eingesperrtseins. Es will dem Gefängnis und der gegen sich selbst gerichteten Aggression entfliehen. Jeder Ausbruch aus diesem Gefängnis ist vergebens; undurchdringliche Mauern umschließen es: Den Weg nach außen haben sie mit Gelächter verschlossen.

Wer Zivilcourage beweist, stellt sich mit seinem Tun, Reden, Schreiben und manchmal auch mit seinem Schweigen gegen Vorschriften, Konventionen, gegen die öffentliche Moral, oft gegen die Mehrheit, fast immer gegen den Willen der Herrschenden, bisweilen sogar gegen Kollegen und Freunde.

Wer Zivilcourage beweist, hält stand, steht zu seinem Tun und zu seiner Meinung; hält den Druck aus, will sich nicht beugen, auf jeden Fall nicht mehr als mit dem für richtig Erkannten vereinbar ist – oft mit vor Kühnheit zitternden Knien.

Wer Zivilcourage beweist, setzt sich für eine Sache ein, hält an seiner Meinung fest, nicht weil er absolut sicher ist, Recht zu haben; dann ist die Grenze zum Fanatismus rasch überschritten. Absolute Gewißheit gibt es nicht in einer Welt der Unsicherheit. Man hält an seinem Tun, an seinem Standpunkt fest, weil man sich selbst treu bleiben will; man hält stand, weil man das für richtig Erkannte nicht verraten will, und doch bleibt ein letzter Rest des Zweifels.

Wer Zivilcourage beweist, kann nicht mit öffentlicher Anerkennung rechnen; wer sich einsetzt, setzt sich aus. Dieses Ausgesetztsein wird von den Wohlwollenden oft mit mildem Spott begleitet: Er mag aufrichtig sein, aber er sieht nicht die Zeichen der Zeit; er wird es noch lernen; er kämpft gegen Windmühlen. Schon aggressiver: Er will sich ja bloß interessant machen. Oft heißt Ausgesetztsein: Geringschätzung, Ausladung, übergangen werden. Freundschaft kann sich in Gleichgültigkeit, in Abneigung umkehren, in als schwerwiegend empfundenen Fällen mitunter in Feindschaft und in Verachtung oder gar in Haß und Hohn: Den Weg nach außen haben sie mit Gelächter verschlossen.

Zivilcourage in der Wirtschaftspolitik ist nicht so existenziell bedrohend, wie es Martin Walser empfunden und erfahren hat. Es ist weniger emotional. Es geht dabei oft um erfahrbare

Realität, die den einen oder die anderen bestätigt oder widerlegt. Die politische Auseinandersetzung ist in aller Regel nicht das alles übertönende Gebell.

Weil ordnungspolitische Zivilcourage meist nicht mit öffentlicher Anerkennung rechnen kann – sonst wäre sie ja keine Zivilcourage –, heißt das für Politiker, die ihnen auf Zeit verliehene Verantwortung und Macht auf's Spiel zu setzen, falls sie unpopuläre Maßnahmen durchsetzen wollen, die ihnen unabdingbar zur Erhaltung und Schaffung individueller Freiheit erscheinen. Wenn sie dazu bereit sind, dann verweigern Fraktionen und Parteien die Gefolgschaft. Auf diesem Dilemma basiert die „Katastrophen-Theorie“: Bevor es nicht zu einer wirtschaftlichen Katastrophe gekommen sei, könne mit Maßnahmen in Richtung Marktbefreiung und Gesundung nicht gerechnet werden, da dies mit Wählerstimmentzug bestraft werde. Erst nach Einsetzen der Katastrophe sei das Wahlvolk bereit, beispielsweise Schnitte in wohlfahrtsstaatliche Wucherungen hinzunehmen. Wie auch immer man zu dieser Theorie stehen mag, sie ist nicht unplausibel, und wir können daraus den Schluß ziehen, daß Politiker Zivilcourage aufbringen müssen, wenn sie Sanierungsprogramme durchsetzen sollen. Der frühere Präsident der USA, Ronald Reagan, hat Zivilcourage gezeigt, als er der Erpressung im Zuge des amerikanischen Fluglotsenstreiks nicht nachgab und sich damit Respekt verschaffte. Margaret Thatcher hat als Premierministerin den Erpressungen des Bergarbeiterführers Arthur Scargill standgehalten. Sie hat so einer geradezu anarchistischen Streikpraxis und damit der Paralyse der britischen Industrie ein Ende gesetzt.

Ich möchte drei Beispiele für Zivilcourage in der Wirtschaftspolitik geben; zwei davon haben unmittelbar mit Ludwig Erhard zu tun, das dritte zumindest indirekt. Drei Jahre nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg war das physische Überleben in Deutschland immer noch nicht gesichert; Lebensmittelkarten regelten die Verteilung des Nötigsten; Schlangen vor den Geschäften waren das alltägliche Bild; die Trümmer waren zwar beiseite geräumt, aber für den Wiederaufbau fehlte noch die Kraft; Care-Pakete aus den USA halfen beim Überleben. In dieser Situation hat Ludwig Erhard als Direktor des bizonalen Wirtschaftsrats das Leitsatzgesetz vorbereitet, das behördliche Organisation und Zuteilung auf das Minimum beschränken wollte und auf die freie Initiative im Wettbewerb setzte. Im Juni 1948 kam dann die Währungsreform; die Bündel labberiger Reichsmarkscheine wurden aus dem Verkehr gezogen, die neuen D-Markscheine flossen über Kopfgeld in die Wirtschaft. Als unter der Kontrolle der Alliierten die Währungsreform realisiert wurde, hat Ludwig Erhard das Rationierungssystem über Lebensmittelkarten abgeschafft; nur für wenige Produkte wie Butter – ein Viertelpfund

zu 64 Pfennigen – gab es noch Marken. Daraufhin wurde Ludwig Erhard vom damaligen US-Hochkommissar Lucius D. Clay, dem entscheidend politisch Verantwortlichen in den drei Westzonen, zur Rede gestellt: Sie haben gegen das alliierte Kontrollrecht verstoßen; Sie waren nicht befugt, die Vorschriften des Bewirtschaftungssystems zu ändern. Daraufhin Ludwig Erhard: Sie können mir keinen Verstoß nachweisen; ich habe die Vorschriften nicht verändert, ich habe sie abgeschafft. Daraufhin Lucius D. Clay, dem eine solche Haltung wohl imponierte: Meine Berater sagen mir, daß eine solche Operation höchst risikoreich ist. Erhard entgegnete: Das sagen mir meine Berater auch.

Einer der maßgeblichen politischen Chronisten der Nachkriegszeit, Theodor Eschenburg, spricht von Ludwig Erhards „wissenschaftlich gestützten Wagemut“. Sein Wagemut vertraut auf die Kräfte des Menschen, die sich im Wettbewerb entfalten können und Lösungen für Probleme finden, die politischen Administrationen verschlossen sind. Ludwig Erhard behielt auf eine schier unglaubliche Weise recht. Seine Entscheidung – gegen den Rat vieler Experten, gegen den politischen Willen der Alliierten – war so erfolgreich, daß alle Welt vom deutschen Wirtschaftswunder sprach. Für Erhard indes war dies kein Wunder, sondern die voraussehbare Konsequenz der ordnungspolitischen Weichenstellung in Richtung Marktbefreiung.

Das zweite Beispiel für wirtschaftspolitische Zivilcourage habe ich unmittelbar miterlebt. Im Frühjahr 1971 haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf den Werner-Bericht als Grundlage für ihr weiteres währungspolitisches Vorgehen auf die wesentlichen Schritte zu einer Währungsunion verständigt; doch waren auf Druck der französischen Regierung einige zentrale Passagen zur politischen Fundamentierung einer Währungsunion abgeschwächt oder herausgenommen worden. Der Bericht sah im Kern den Start in die Währungsunion bei verengten Bandbreiten vor. Wegen schwerwiegender währungspolitischer Turbulenzen um den Dollar setzte die deutsche Bundesregierung die Interventionen zur Stabilisierung des D-Mark/Dollarkurses aus (Mai 1971). Der damalige Wirtschaftsminister, Karl Schiller, hatte sich in vorangehenden Konsultationen vergeblich um die Zustimmung zu einem einheitlichen Vorgehen der Europäischen Gemeinschaft bemüht. Im Zuge parlamentarischer Auseinandersetzung griff der finanz- und wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Strauß, die Bundesregierung wegen der einseitigen Lösung der D-Mark aus dem Festkurssystem von Bretton Woods massiv an, beschuldigte sie des Vertragsbruches und beklagte überhaupt den währungspolitischen Scherbenhaufen. Er zeigte jedoch keine klare politische Alternative für die Opposition auf, wenn man von seinem Schielen

in Richtung eines währungspolitischen Dirigismus absah. Starker Beifall der Fraktionsabgeordneten.

Dann meldet sich Ludwig Erhard zu Wort. Form und Inhalt seiner Intervention waren mit der Fraktionsspitze nicht abgestimmt. Bei seinem Argumentationsgang orientiert er sich an seiner marktwirtschaftlichen Überzeugung. Er legt dar, daß dirigistische Methoden nicht zielführend seien; er prüft und verneint, ob ein Festhalten an der alten Dollar-Parität möglich gewesen sei. Er hält aus Gründen ökonomischer und auch politischer Logik allein den marktwirtschaftlichen Weg der Wechselkursfreigabe für gangbar. Er stellt sich damit als Einzelner gegen die von der Fraktion zuvor besprochene Linie. Und dann geschieht das Überraschende: Die CDU/CSU-Fraktion, die vorher der eher dirigistischen Lösung applaudiert hat, quittiert die Rede – so das Protokoll des Deutschen Bundestages – mit „lebhaftem, langanhaltenden Beifall“. Es ist eine Sternstunde des Parlamentarismus. Dieser Auftritt zeigt Erhard, wie er war: der Sache verpflichtet, rhetorisch eindrucksvoll, ohne falsche Rücksichtnahme.

Wer Ludwig Erhard persönlich gekannt hat, weiß, daß er kein Kämpfertyp war, der sich freudig in die Gefechte stürzte. So hat er auf die Vorhaltungen, Angriffe und Sticheleien seines Kanzlers immer mit langen Briefen geantwortet, hat erklärt und beschwichtigt. Aber er hat nie sein marktwirtschaftliches Credo verraten; sicherlich mußte er, wie es in der Politik nicht anders geht, politische Kompromisse schließen. Politik und Öffentlichkeit wußten aber jederzeit, wofür er stand und daß er standhielt: für eine marktwirtschaftliche Ordnung und für eine Politik, die dem einzelnen die Möglichkeit verschafft, für sich selbst Verantwortung zu tragen.

Das dritte Beispiel ist aktuell. Es geht um die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). Was hat sie mit Ludwig Erhard zu tun? Mehr als wir denken. Für ihn ist nur stabiles Geld sozial; dann muß der Bürger nicht befürchten, daß seine Ersparnisse entwertet werden; er ist dann nicht auf Kollektivsysteme angewiesen, in denen Kapital nicht gebildet, sondern umverteilt wird. Bei der Schaffung der Währungsunion vertrat er, wie die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler, die sogenannte Krönungstheorie. Danach hätte der währungspolitische Integrationsprozeß mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung beginnen und um die politische Fundamentierung ergänzt werden sollen. Wären die Wechselkurse dann dauerhaft zwischen den Teilnehmern stabil geblieben, hätte dieser Prozeß mit einer gemeinsamen Währung gekrönt werden können. Demgegenüber wollen die Vertreter der Grundsteintheorie diesen Prozeß mit der gemeinsamen Währung beginnen lassen, die die notwendige wirtschaftspoliti-

sche Koordinierung und den politischen Unterbau erzwingen würde. Der Maastricht-Vertrag ist der „Grundsteintheorie“ gefolgt. Es ist hier nicht der Ort, die hierfür maßgeblichen Gründe zu diskutieren.

Die neue Währung führt Länder und Geldpolitiken zusammen, die in der Vergangenheit entweder für Auf- oder für Abwertungskandidaten verantwortlich gewesen sind. Sie muß daher den Beweis antreten, daß sie mehr sein will als eine Mischung von D-Mark und Drachme. Erhard hätte darauf gedrungen, daß die EZB ihren Stabilitätswillen unmißverständlich unter Beweis stellt. Sie muß vor allen Dingen den Eindruck vermeiden, daß sie politischem Druck nachgibt. Und diesen Druck hat es von Anfang angegeben. Die entscheidenden geldpolitischen Schritte der EZB waren über massive Zinssenkungen auf Konjunktur- und Arbeitsplatzbelebung gerichtet. Die auf der ambivalenten Zwei-Säulen-Strategie gründenden Kommentare der EZB haben der interessierten Öffentlichkeit immer zu erklären versucht, warum die jeweiligen Entscheidungen der EZB mit dem Ziel, Sicherung der Preisniveaustabilität, in Übereinstimmung stünden. Die EZB hat versucht, für ihre Politik zu werben, anstatt die Öffentlichkeit durch Konstanz und Regeltreue zu überzeugen.

Als sich im Herbst des Jahres 2000 der Konjunkturwind drehte und die US-Zentralbank durch rasch aufeinanderfolgende Zinsschritte dem gegenzusteuern versuchte, wurde der Druck auf die EZB, diesem Beispiel zu folgen, übermächtig. Die Bankenvolkswirte versuchten, die Zinssenkung geradezu herbeizuschreiben. Die EZB blieb standhaft; ihre Repräsentanten verteidigten ihren Kurs vor dem Europäischen Parlament als eine „Politik der ruhigen Hand“. Für den Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Jürgen Stark, hielt die EZB „mit guten Argumenten“ dem Druck stand. Die EZB war dabei, sich Respekt zu verschaffen, nicht weil ihre Argumente allgemein überzeugten, sondern weil sie Charakter zeigte und sich dem Druck nicht beugen wollte. Dann hat sie – unmittelbar nach solchen Erklärungen und für die Märkte völlig überraschend – den für die Refinanzierung entscheidenden Zinssatz um 25 Basispunkte gesenkt; zu wenig, um die Konjunktur nachhaltig zu beleben, doch genug, um sich aufbauendes Vertrauenskapital zu zerstören.

Eine Notenbank, die Renommee auf den Märkten und Vertrauen der Bürger gewinnen will, darf nicht bloß drei Monate Pressionen Stand halten, sondern dauerhaft. Sie kann ihren Auftrag der Währungssicherung nur erfüllen, wenn sie mit ihrer Politik den Marktakteuren den Weg weist, sich damit als standhaft und berechenbar erweist. Das ist einfach gesagt und

schwer umgesetzt. Ja, genau darin erweist sich Zivilcourage. Und daran hat es die EZB bisher fehlen lassen.

Dostojewski hat Geld „gemünzte Freiheit“ genannt. Aber nur gutes, stabiles Geld steht für Freiheit. Darauf müssen die Menschen bauen können; sie vertrauen schließlich ihr Schicksal den Zentralbanken an. Sie müssen darauf vertrauen können, daß die EZB ihr Stabilitätsversprechen durch eine konsequente Politik und Standhaftigkeit auch einlöst. Zivilcourage ist die Voraussetzung für Geld als „gemünzte Freiheit“. Damit sind wir wieder bei Perikles: „Das Glück ist die Frucht der Freiheit und Freiheit ist die Frucht der Tapferkeit“.